

Sprechzettel

zum Havichhorster Presseabend am 12. Januar 2026

1. Einleitung (Laura Hachmann)

2. Begrüßung (Hubertus Beringmeier)

- Zum Jahresbeginn macht der Havichhorster Presseabend für uns den Auftakt
- Gelegenheit, unsere landwirtschaftlichen Themen und Anliegen zu verdeutlichen
- Wir schätzen besonders den Austausch mit Ihnen als Redakteurinnen und Redakteuren, die uns das ganze Jahr in unserer Arbeit begleiten – vielen Dank dafür!
- Für uns ist enorm bedeutsam, dass unsere Themen nach außen dringen und dort Gehör finden – dazu tragen Sie mit Ihrer Arbeit maßgeblich bei und sind für uns unverzichtbar
- Landwirtschaft in Westfalen-Lippe hat einen großen Stellenwert:
 - Rund 23.000 Idw. Betriebe
 - Tierhaltungs-Region (mit über 17.500 Tierhaltungs-Betrieben)
 - 63.000 Arbeitskräfte sind unmittelbar mit der Landwirtschaft verbunden
- Hier werden Lebensmittel regional produziert, verarbeitet und vermarktet
- Hier hängen zehntausende Arbeitskräfte unmittelbar an der Landwirtschaft
- Hier befinden sich Schlachtbranche, Molkereien und Genossenschaften und stärken den Wirtschaftsstandort
- Hier machen Idw. Familienbetriebe Wertschöpfung, die mit der Pflege von Umwelt und Natur einhergeht und Erneuerbare Energien mit Biogas und Photovoltaik sowie mit Bäuerlichen Bürgerwindparks trägt
- Daher ist für uns unverzichtbar, dass Landwirtschaft Rahmenbedingungen vorfindet, die ein Wirtschaften auch in Zukunft ermöglicht. Dafür setzen wir uns entschlossen gegenüber Politik und Wirtschaft ein und möchten Ihnen daher heute unsere Schwerpunkt-Themen in 2026 näherbringen

3. Ausgewählte Schwerpunktthemen

a) Bewertung des politischen Umfelds und Marktlage (Beringmeier)

Bundesregierung

- Seit nunmehr fast einem Jahr ist die neue Bundesregierung im Amt, an der Spitze steht mit Kanzler Merz ein Westfale, zu dem wir gute Drähte haben
- Einige Entscheidungen, die seither getroffen wurden, bewerten wir als positiv für die Landwirtschaft; den ein oder anderen Punkt möchte ich an dieser Stelle herausgreifen:
- **Agrardiesel Rückeinführung** ab 2026: Lange Bemühungen führten schließlich zum Erfolg; am 10. September hat das Bundeskabinett die Wiedereinführung der Agrardieselrückerstattung beschlossen
- Im Juli 2025 hat das Bundeslandwirtschaftsministerium die **Stoffstrombilanzverordnung** aufgehoben: Gegen diese Entscheidung geht die Grüne Bundestagsfraktion mit einem Eilverfahren beim Bundesverfassungsgericht vor, Ausgang derzeit offen
- Änderung des BauGB auf Bundesebene: Sogenannter **Wohnraumturbo**; demnach kann Wohnbebauung im Anschluss an Siedlungsgebiete des Innenbereichs 100 m weit in den Außenbereich dringen, ohne dass ein Bebauungsplan dafür aufgestellt werden muss. Allerdings ist jedes Wohnprojekt abhängig von der Zustimmung der Gemeinde. Wir sehen darin Chancen für Landwirtschaft: Realisierung eigener Wohnbauprojekte oder Verkauf von Grundstücken zu Wohnbauzwecken genauso wie Risiken durch Setzen neuer Emissionspunkte, die der Tierhaltung oder dem Umbau von Ställen zu Tierwohlzwecken entgegenstehen können. Das Gesetz ist befristet bis 2030
- **Entlastung** der Landwirtschaft: Bundestag beschließt am 13. November Energie- und Stromsteuergesetz → Entlastung 20 €/MWh, es gibt Verbrauchs-Mindestmengen; ein erster Schritt zu wettbewerbsfähigen Energiekosten, weitere Schritte müssen aber folgen
- Es gibt aber auch große „Juckepunkte“, bei denen die Bundesregierung dringend tätig werden muss:
- Thema **Umbau der Tierhaltung** – Michael Uckelmann kommt gleich noch ausführlich darauf zu sprechen!
- weiterhin Investitionszurückhaltung (besonders in der Nutztierhaltung) und Investitionsstau vor allem durch fehlende politische und gesetzgeberische Rahmenbedingungen und in der Folge fehlende Planungssicherheit

- positiv ist zunächst die Aussetzung der (kostenintensiven) Nachrüstplicht für bestehende Tierhaltungsanlagen im Rahmen der TA Luft auf Ende 2029 (ursprünglich 2026), für die wir uns als Verband stark gemacht haben
- es bedarf weiterhin dringend Erleichterungen beim **Bau- und Umweltrecht**, damit entsprechende Tierwohl-Umbauten (ohne Bestandserweiterung) überhaupt rechtlich möglich sind
- **Düngeverordnung**: nach den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichtes bedarf es nun aus Berlin politischer Signale, wie es mit der Verordnung weitergeht, aktuell bewegen sich die Landwirte bei der Düngeausbringung in einem rechtsfreien Raum
- die **Überarbeitung des Düngerechts** ist zwingend erforderlich. Wir müssen weg von der bisherigen Kalenderwirtschaft mit starren Fristen und Auflagen!
- der **Bürokratieabbau** ist für uns von großer Bedeutung: Wir brauchen einen Abbau an Vorgaben und Verordnungen, die Eigenverantwortung der Betriebe muss gestärkt werden
- insgesamt ist die Bundesregierung in diesen Punkten gefragt, entsprechende Programme auf den Weg zu bringen, Leitplanken zu setzen und Erleichterungen zu schaffen, sodass insbesondere unsere Tierhaltenden Betriebe und Ackerbaubetriebe eine langfristige Perspektive bekommen
- noch einige Worte zur **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**, die aktuell, auch aus Berlin heraus, für den Zeitraum 2028 bis 2034 beraten wird: Die GAP ist für die deutsche und europäische Land- und Ernährungswirtschaft nach wie vor ein wichtiger Stabilitätsfaktor und Garant für einen funktionierenden EU-Binnenmarkt. Eine zielgerichtete Weiterentwicklung der GAP ist daher für uns unerlässlich. Wir fordern insbesondere:
 - tiefgreifender Abbau von Komplexität und Bürokratie in der GAP-Förderung
 - keine Mittelkürzungen bei der Förderung und eine verbesserte sowie flächendeckende Förderung von jungen Landwirten
 - attraktive, praktikable und profitable Gestaltung von Agrarumweltmaßnahmen, sodass diese zu einem soliden Betriebszweig entwickelt werden können

Landtagswahl in NRW 2027

- Die Landtagswahl wirft in NRW ihre Schatten voraus, der Wahlkampf wird in Kürze beginnen
- Änderung der **Landesbauordnung**: Entwurf zur Änderung der Landbauordnung von Landesregierung vorgelegt; wird nicht fristgerecht entschieden, gilt die Genehmigung als erteilt = Verkürzung des Genehmigungsverfahrens um mehrere Monate

- ➔ Wenn eine Genehmigung erfolgen muss, soll diese vereinfacht werden
- ➔ Gebäude bis zu 4 m Firsthöhe, die zum Schutz von Pflanzen und Tieren bestimmt sind und die einem landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienen sowie Fahrsilos sollen zukünftig verfahrensfrei sein
- ➔ Auch bei PV-Anlagen gibt es Erleichterungen
- In der Agrarpolitik geht es um die **Weichenstellung** für unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe. Als Interessenvertretung für den ländlichen Raum formulieren wir zur Landtagswahl die Kernforderungen der Agrarbranche und ihrer Beschäftigten.
- **Stärkung** der Wettbewerbsfähigkeit, die Zukunft der Tierhaltung und der ländlichen Räume, Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit im Ackerbau, Erneuerbare Energien und Waldbewirtschaftung sowie der Bürokratieabbau stehen für uns an erster Stelle
- Landesregierung ist gefragt, den Landwirtinnen und Landwirten und den Menschen im ländlichen Raum gute und durchdachte **Rahmenbedingungen** zu bieten, die über eine Legislaturperiode hinausreichen und ein Wirtschaften auf den Betrieben in der nächsten Generation zu ermöglichen
- Mit Blick auf die anstehende Wahl betonen wir im Vorfeld: Wir stehen für ein friedliches Zusammenleben und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Demokratische Strukturen sind das Grundgerüst unseres friedlichen Zusammenlebens

Marktlage

- Anders als in den vergangenen zwei Jahren zeigt sich die derzeitige Preislage an den Agrarmärkten volatil und teilweise sehr unbefriedigend. Während sich das Rindfleisch weiterhin auf sehr gutem Niveau hält, stellt sich die Situation insbesondere bei Schweinefleisch, aber auch auf dem Milchmarkt, gegenteilig dar
- **Schweinemarkt:** Im Jahr 2025 zeigten sich die Schlachtzahlen weitgehend stabil, allerdings bei rückläufigem Preisniveau. Nach dem neuerlichen Preissturz (minus 15 Cent/kg Schlachtgewicht in der vergangenen Woche, somit jetzt: 1,45 Euro/kg) können keine kostendeckenden Erzeugerpreise erzielt werden. Der Schweinepreis befindet sich im freien Fall! Die Schlachtbranche muss umgehend einlenken, um die Existenz der heimischen Schweinehaltung nicht weiter zu gefährden. Andernfalls läutet die Schlachtbranche auch ihren eigenen Untergang ein. Der Strukturwandel ist deutlich spürbar (weniger Haltungen)
- **Rindfleischmarkt:** Verzehr von Rindfleisch zeigt sich mit rund 9 Kilogramm pro Jahr in diesem außergewöhnlichen Jahr robuster als erwartet. Rindfleischpreise mit positiver Entwicklung

- **Milchmarkt** in 2025 mit außergewöhnlicher Dynamik: Während zunächst von Rohstoffknappheit die Rede war, lag die Milchmenge zum Jahresende knapp ein Prozent über Vorjahr. National, EU-weit und global waren die Mengen überdurchschnittlich hoch. Erzeugerpreise ab August rückläufig. Dramatischer Preissturz bei der Butter hat zu erheblichen Verunsicherungen der Milcherzeuger geführt, daher WLV-Aktion vor LIDL-Filiale in Münster-Wolbeck im Dezember 2025 und entsprechende Gespräche mit dem LEH
- **Geflügelfleischmarkt** blieb 2025 stabil, weiterhin hohe Nachfrage. Die Erzeugung von Geflügelfleisch stieg insgesamt moderat an. Die Preise für Geflügelfleisch blieben 2025 überwiegend stabil. Auf Betriebsseite weiterhin Kostendruck (steigende Bau-, Arbeits- und Investitionskosten). Seuchengeschehen der Vogelgrippe führte regional zu Produktionsausfällen und logistischen Engpässen.
- **Eiermarkt**: 2025 mit außergewöhnlich hoher Nachfrage (Pro-Kopf-Verbrauch stieg auf rund 253 Eier, neuer Höchststand)
- **Getreidemarkt**: europäischen Getreidemärkte durchlaufen aktuell eine sehr schwierige Phase, deutsche Erzeuger verzeichnen insbesondere bei Brotweizen einen weiteren Preisrückgang: Risikofaktoren wie Extremwetterereignisse, stark schwankende Markt- und Betriebsmittelpreise und geopolitische Spannungen, insbesondere in der Schwarzmeerregion, sorgen weiterhin für eine unsichere Situation
- **Öko-Markt**: Deutsche Öko-Nachfrage wächst 2025 deutlich, Öko-Erzeugung stagniert hingegen (Umstellungsbereitschaft in der deutschen Landwirtschaft war 2025 erneut äußerst verhalten, der Flächenzuwachs im Öko-Anbau stagniert)

b) Themen der Tierhaltung (Uckelmann/Braach)

Auch 2025 erlebten wir ein tierseuchenintensives Jahr

- ASP, Aviäre Influenza, Blauzunge, BHV-1 und Anfang des Jahres 2025 MKS nach 50 Jahren Seuchenfreiheit
- Versicherung melden hohe Schadenssteigerungen im Vergleich zu den Vorjahren
- Globalisierung und höhere Temperaturen sorgen für „neue“ Tierseuchen in Europa, die sonst nur in anderen Regionen der Welt zu verzeichnen waren

Afrikanische Schweinepest in Nordrhein-Westfalen

- Ausbruch Mitte Juni in der Gemeinde Kirchhundem / Kreis Olpe

- Aktueller Stand:
 - 292 bestätigte ASP-Fälle beim Wildschwein – keine Hauschweinebestände bislang betroffen (Stand 05. Januar 2026)
- Was tun wir zur Eindämmung der ASP?
 - Strikte Einhaltung der Biosicherheitsmaßnahmen
 - WLV ist Gesellschafter der Wildtierseuchen-Vorsorge-Gesellschaft (WSVG), deren Mitarbeiter eine herausragende Arbeit machen bei der Kadaverbergung, durch Zaunbauten und intensive Hygienemaßnahmen an Fundstellen
- Durch diese Maßnahmen ist die Eingrenzung des ASP-Geschehens bisher gelungen!

Aviäre Influenza

- intensives dynamisches Seuchengeschehen seit September 2025
- große Betroffenheit bei Kranichen
 - Auch Hausgeflügelbestände sehr stark betroffen
 - Große Betroffenheit in Niedersachsen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg
- Betroffenheit auch in NRW (30 Bestände)
 - Insbesondere Ostwestfalen, Kleve und Krefeld beim Hausgeflügel betroffen
 - Aktuell scheint sich die Lage ganz langsam zu entspannen
 - Kreisweite Aufstellungsanordnungen können seitens der Kreisveterinärbehörde ausgesprochen werden
- das Thema Impfung muss aufgrund der endemischen Lage stärker diskutiert werden
 - als Teil der Tierseuchenbekämpfung
 - Länder wie Frankreich oder Niederlande mit erfolgreichen Projekten / Impfstoffe sind in ausreichender Anzahl vorhanden
 - Herausforderung bleibt die Vermarktung von Erzeugnissen
 - Das muss jetzt intensiv diskutiert werden!

Blauzungenkrankheit

- durch deutlich stärkere Impfbereitschaft: Deutlich milderes Seuchengeschehen an BTV-3 als im Vorjahr
- aktuell: BTV Serotyp 8 breitet sich aus Richtung der südlichen Bundesländer wieder aus

- um die Ausbruchsorte wird eine Restriktionszone von 150 km mit Handelsbeschränkungen gelegt → nächster Fall aktuell Bitburg-Prüm / Restriktionszone reichte bis nach Krefeld
- Impfung gegen die BTV Serotypen 3 und 8 im Frühjahr dringend empfohlen!

BHV1

- die BHV1-Sperrzone in den Bauernschaften Heek und Ahaus-Ammeln (Kreis Borken) wurde Ende August nach einer Beruhigung der Seuchenlage aufgehoben
- im Oktober fiel ein erneuter BHV1 Ausbruch in Heek auf
- Tiergesundheitsdienst und Landwirtschaftsministerium haben eine Aufarbeitung des BHV1-Geschehens im Kreis Borken angekündigt, hierfür hatte sich der WLV eingesetzt
- Ziel: Genaue Risikopunkte identifizieren und Handlungsempfehlungen für Tierhalter herausgeben um Einschleppung zu vermeiden

Positionspapier zum Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (THKG) und zur Schweinehaltung in Deutschland

- THKG: Fristverschiebung auf den 01. Januar 2027
- DBV, DRV, VDF und BVLH mit Strategiepapier zum weiteren Umgang mit dem THKG. Demnach besteht beim THKG Änderungsbedarf insbesondere in diesen Punkten:
 - Ausweitung auf andere Tierarten nach erfolgreicher Umsetzung der Schweinemast
 - Downgrading-Möglichkeit
 - Verpflichtende Einbeziehung ausländischer Ware, Außer-Haus-Verzehr sowie weitere Vertriebswege
 - Verbraucherfreundliche Kennzeichnung – Einbeziehung privater Siegel
- zusätzlich: Positionspapier zur Sicherung der Schweinehaltung in Deutschland im DBV-Fachausschuss Schwein erarbeitet
 - Anpassungen an die TierSchNutztV: Verlängerung der Übergangsfrist für das Deckzentrum um 2 Jahre verschieben / Abferkelbereich auf 2045 (Ende BUT, Eigenkapitalbildung)
 - Umsetzung THKG → Herkunftskennzeichnung
 - Genehmigungsrecht: Tierwohlverbesserungsgenehmigungen für alle Betriebe, Vereinfachungen in den Landesbauordnungen und Genehmigungsverfahren,

- gänzliche Streichung von Nachrüstungspflichten, Anpassungen von Emissionswerten
- Wiederherstellung der Wettbewerbsgleichheit in der EU: Nationale Tierschutzgesetzgebung an EU anpassen, langfristige Nutzungsmöglichkeiten ohne Anpassung für jeden Gesetzgebungsschritt
- Bürokratievereinfachung: Dokumentationspflichten abbauen, Meldevereinheitlichung, staatliche Antibiotikadatenbank abschaffen da mit dem QS-System ein mindestens gleichwertiges System bereits existiert

Förderstopp beim Bundesprogramm „Umbau der Tierhaltung“ (BUT)

- plötzlicher Stopp des BUT's
- Schlag ins Gesicht für unsere Veredelungsbranche – Unmut wurde auch beim DBV-Veredelungstag deutlich
- insbesondere Sauenhalterinnen und Sauenhalter betroffen: Sie MÜSSEN nach den Vorgaben der TierSchNutztV um- bzw. neubauen
 - nächste Frist 09. Februar 2026: Nachweis über gestellten Bauantrag oder Aufgabe der Sauenhaltung
- Umsetzung in die GAK fraglich: Finanzielle Ressourcen nicht da, Einkommensgrenze, andere Fördersätze, ...
- zuletzt Antragsphase von Ende April auf 31. August verlängert, könnte aber unterm Strich nur wenigen Betrieben weiterhelfen
- intensiver Austausch auf Landes- und Bundesebene

Zusammenfassung & Ausblick zur Tierhaltung:

- die heimische Landwirtschaft wird sich zukünftig mit vielen (teils neuen Herausforderungen) beschäftigen müssen
 - neues Kostenniveau in allen Lebensbereichen
 - weiterhin eine „unsichere“ Weltlage auf die wir schauen
 - höhere Wettbewerbskonkurrenz durch internationale Handelsabkommen à Tierproduktion mit deutlich geringeren Tiergesundheits- & Tierschutzanforderungen wie bei uns in der EU
 - neue Tierschutz- & Umweltauflagen sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene

- die Bekämpfung von („neuen“) Tierseuchen → Globalisierung und Klimawandel / Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen ist Präventionsmaßnahme Nummer 1
- Themen rund um die Nachhaltigkeit, Klima und Ernährung werden bleiben (Tierschutztransportverordnung, EU-Entwaldungsverordnung, Modernisierung der EU-Tierschutzvorschriften, Klimaplatzform Fleisch & Milch)
- Aber wir bleiben zuversichtlich und haben rückblickend auch vieles erreichen können:
 - das Erfolgspapier von DBV und WLV steht beispielhaft hierfür!

Zukünftige Anwendung von Rodentiziden

- Novellierung der Gefahrstoffverordnung 2021 & Änderung bei der Verlängerung der Zulassung von antikoagulanten Rodentiziden in Deutschland
 - betrifft den Erwerb von Schadnagerbekämpfungsmittel mit blutgerinnungshemmendem Wirkstoff
 - sowie die Befallsunabhängige Dauerbeköderung
- Befallsunabhängige Dauerbeköderung soll zum 31.12.2025 verboten werden, künftig muss ein professioneller Schadnagerbekämpfer zunächst den Befall bescheinigen
- Landwirte müssen ab 2027 eine spezielle Sachkunde für den Einsatz bestimmter Biozide erbringen; geplant ist dazu offenbar eine vier- bis fünftägige Schulung
- bisher reichte die Vorlage eines gültigen Sachkundenachweises Pflanzenschutz; Landwirte sind aus unserer Sicht mit einer abgeschlossenen Ausbildung und Sachkundenachweis Pflanzenschutz entsprechend sachkundig
- denkbar wäre ein „zusätzliches Modul“ im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen Sachkunde Pflanzenschutz
- Beispiel Österreich: Onlinekurs durch Ländliches Fortbildungs-Institut FLI und Landwirtschaftskammern mit einer Dauer von 2,5 Stunden; nach erfolgreicher Wissensprüfung erhalten Teilnehmer eine Bestätigung, die dann sechs Jahre gültig ist

Düng-Urteile:

- zwei aktuelle Urteile des Bundesverwaltungsgerichts den Bund zur Überarbeitung des Düngerechts
- Auswirkungen auf NRW noch offen, bisher ließ die NRW-Ministerin verlauten, dass man auf Signale aus Berlin warte
- Das Düngerecht muss jetzt zwingend grundsätzlich überarbeitet werden, deshalb fordern wir:

- die Landesdüngeverordnung mit Ausweisung roter Gebiete muss aufgehoben werden, weil sie nicht den Anforderungen genügt, die die Verfassung an Einschränkungen des Eigentumsrechts hat
- Maßnahmen des freiwilligen, kooperativen Gewässerschutzes müssen im Nationalen Aktionsprogramm anerkannt werden
- eine Kalender-Landwirtschaft mit starren Fristen und Auflagen wird den örtlichen Gegebenheiten keinesfalls gerecht: es bedarf einer stärkeren Abwägung der Ziele Nährstoffbedarf zur Ernährungssicherung sowie zum Gewässer- und Bodenschutz mit einer praxistauglichen und regionalen angepassten Ausgestaltung
- das Prinzip der Verursachergerechtigkeit muss endlich Umsetzung finden und beispielsweise besonders wasserschonend wirtschaftende Betriebe von strengen Vorgaben ausgenommen werden
- hervorzuheben sind Erfolge, die wir vor allem für Grünlandbetriebe im Südwestfälischen erzielen konnten:
 - Ausnahmen zur Düngung auf gefrorenem Boden
 - Ausnahmeregel für die Breitverteilung von Gülle

Wolf

- Schutzstatus des Wolfs wurde kürzlich in der FFH-Richtlinie von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabgesetzt
- Deutschlang hat den „günstigen Erhaltungszustand“ des Wolfs an die EU-Kommission gemeldet, wir als WLV haben dies bereits seit Jahren gefordert
- in NRW gilt jetzt landesweite Förderkulisse für Herdenschutzmaßnahmen
- aber Kritik:
 - Entschädigung bei Wolfsrissen ist bei Schafen, Ziegen und Gehegewild zukünftig an die Umsetzung von Herdenschutzmaßnahmen geknüpft
 - Übernahme von Unterhaltungskosten für Herdenschutzmaßnahmen erforderlich; wir machen aber auch deutlich: wir können nicht unsere gesamte Rinderhaltung durch Herdenschutzmaßnahmen mit Zäunen sichern
- aktuell ist die Wolfspolitik in Berlin in Bewegung geraten, dieser Trend muss sich fortsetzen: Das Bundeskabinett hat am 17.12.2025 entschieden, den Wolf ins Bundesjagdgesetz zu nehmen. Dieser große Schritt ist nötig, um ein Bestandsmanagement auf Landesebene einzuführen
- weiterer Nachbesserungsbedarf besteht bei einer verbindlichen Entnahmefrage sowie der Ausweitung der Definition von Weidegebieten

- Was haben wir gemacht: Austausch an verschiedenen Stellen:
 - Runder Tisch Wolf NRW am 10.11.2025
 - AG Wolf beim DBV am 17.11.2025
 - Abstimmungsgespräch mit dem MUNV NRW am 03.12.2025
 - Abstimmungsgespräch mit dem MLV NRW am 03.12.2025
 - Abgabe Stellung an DBV im Vorfeld der Verbändeanhörung

c) Projekt Zuversicht (Braach)

- unser Verband ist Unterstützer des Projektes „Zuversicht“, das auf Grundlage einer repräsentativen Studie von Initiative 18, UseTheNews und der Markforschungsagentur rheingold salon entstanden ist
- Unterstützer sind Verbände, Medienhäuser und Unternehmen
- Ziel des Projektes ist es, die Menschen gemeinsam mit Medien, Wirtschaft und Politik wieder für Aufbruch, Optimismus und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewinnen
- Landwirtschaft ist aus dem ländlichen Raum nicht wegzudenken. Die Bauernfamilien engagieren sich in großem Maße in Vereinen und Strukturen (Schützenfeste, Freiwillige Feuerwehr, Sportvereine; in Parteien und politischer Arbeit; in Zusammenschlüssen, die die heimische Wertschöpfung und damit den Zusammenhalt vor Ort befördern, z.B. BB Wind, Genossenschaften)
- Auf diese Weise gelingt es, in gemeinschaftlichen Strukturen/im Verbund, moderne Herausforderungen zu meistern, Veränderungen zu begegnen und neue Wege des Miteinanders zu schaffen, die den Menschen vor Ort einen zuversichtlichen Blick in die Zukunft bieten
- Aktuell finden Workshops statt, in denen das Projekt weiterentwickelt wird: Bundesweit rund 150 Vertreter aus allen gesellschaftlichen Schichten (Azubis, Wohnungsbaugesellschaften, Juristen usw.) tauschen sich aus und entwickeln Ideen, wie der Ansatz des Projektes in die Gesellschaft getragen werden kann
- Eine Idee: Platzierung von Botschaften im Einzelhandel
- Vier landwirtschaftliche Vertreter aus Westfalen sind Teil dieser Arbeitsgruppen
- Wir unterstützen das Projekt und halten es für enorm wichtig, um ein friedliches Miteinander zu befördern und demokratische Strukturen zu stärken